Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 21 (1941-1942)
Heft: 2

Artikel: Die nächste Weltkrise
Autor: Wild, Otto
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-334253

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

die in ihnen tätig werden, lebendig erhalten und wachsen lassen für die größeren Aufgaben, die im demokratischen sozialistischen Gemeinwesen ihrer harren. Nicht Staatssozialismus oder Genossenschaftssozialismus kann unsere Parole sein, sondern — Sozialismus, Vergesellschaftung der Produktionsmittel im Interesse der Allgemeinheit in den verschiedensten Formen, je nach deren Eignung. Dabei ist von größter Wichtigkeit, daß wir wirksame Kontrollen gegen Entartungen jeder Art schaffen, gegen die bequeme Erschlaffung wie gegen die eigennützige Ausbeutung durch die Träger der Organisationen, gegen sinnlose Vergeudung öffentlicher Mittel wie gegen ängstliche Verantwortungsscheu.

Heute ist diese Kontrollfrage auf keinem Gebiete zufriedenstellend gelöst. Die richterliche Überprüfung ist sozusagen auf dem gesamten Gebiet der staatlichen Verwaltung, die heute ein ungeheures Übergewicht besitzt, ausgeschlossen. Die parlamentarische Überprüfung ist nur sehr bedingt wirksam, weil die nebenamtlichen Prüfungskommissionen angesichts des gewaltigen Umfangs der Verwaltung auf Einzelheiten, die in ihrer Summierung möglicherweise entscheidende Einflüsse ausüben, nicht eingehen können. Die öffentliche Kritik ist zum Teil durch die Presseordnung gehemmt, und zum Teil werden übelste Mißstände unter dem Druck des Amts- und Berufsgeheimnisses verborgen gehalten und so Abhilfen verunmöglicht. Es müßte ernstlich die Frage geprüft werden, ob nicht von der Verwaltung unabhängige, nur dem Parlament verantwortliche, hauptamtliche Kontrollorgane geschaffen werden sollten, um die Verwaltung auf gesetzmäßiges und zweckdienliches Verhalten hin zu kontrollieren — im rechtverstandenen Interesse der Verwaltung selbst. Denn nichts schadet ihrem Ansehen so sehr und schwächt das Vertrauen in sie stärker als das Gefühl des Bürgers, daß sie unkontrolliert und willkürlich schalten und walten könne und es hiergegen keinen Schutz und keine Abwehr gebe.

Doch sollte diese Frage nur angetönt werden. Sie steht mit dem gestellten Thema nur insofern im Zusammenhang, daß sie zeigen will, daß man das Kind nicht mit dem Bad ausschütten darf: Mißbehagen gegenüber zentralistischer Regierung und Verwaltung darf nicht kurzerhand zur Verwerfung dieser Institutionen führen, sondern gibt nur Anlaß zur Absteckung der Grenzen des Zentralismus und zur Untersuchung, wie er am besten unter wirksame öffentliche Kontrolle gestellt werden könne.

Die nächste Weltkrise

Von Otto Wild

Vor zehn Jahren begannen merkwürdige Meldungen durch die Presse zu kreisen. Leider hat die Welt für unangenehme Dinge ein schlechtes Gedächtnis. Es seien darum einige dieser Telegramme hier wiederholt:

> Neuyork, 16. Aug. Die Regierung in Washington hat mit sofortiger Wirkung beschlossen, an diejenigen Baumwollpflanzer, die sich bereit erklärt haben, 25 bis 50 Prozent ihrer Ernte zu zerstören, *100 Millionen Dollar* zu

verteilen. Das Geld wird schon morgen abgeschickt und sofort ausbezahlt, ganz gleich, ob die betreffenden Pflanzer an die Regierung verschuldet sind oder nicht.

*

Neuyork, 28. Aug. Im Zuge der Hilfsaktion für die amerikanischen Schweinezüchter sollen in den nächsten 40 Tagen 4 Millionen Schweine unter 100 Pfund Gewicht und 1 Millionen Zuchtsäue aus dem Viehmarkt von Chikago entnommen werden. Die leichten Schweine sollen zu Kunstdünger verarbeitet werden. Die Regierung bezahlt für die Schweine 9,5 Dollar für je 100 Pfund. Für jede tragende Sau wird außerdem bei der Ablieferung eine Prämie von 4 Dollar bezahlt.

Aber Amerika hatte durchaus kein Privileg für die Vernichtung von hochwertigen Nahrungsmitteln. Die Weltwirtschaftskrise hatte damals in Europa begonnen, und Europa war mit «gutem Beispiel» vorangegangen. In Deutschland, wo es damals 5 Millionen Arbeitslose gab, wurden viele Tausende Tonnen Zucker mit Petroleum begossen, um eine Preissenkung zu verhüten. Außerdem hatte Deutschland im Jahre 1930 eine sehr gute Getreideernte. Um zu verhindern, daß der Brotpreis herabgesetzt werden müsse, wurden viele Tausende Tonnen Roggen mit dem schlecht schmekkenden Farbstoff Eosin gefärbt und als Schweinefutter verwendet. Da sich aber viele Schweine weigerten, dieses Futter anzunehmen, wurde der Roggen in die Elbe versenkt. Drei Jahre lang kamen solche Meldungen aus vielen Ländern in die Presse der ganzen Welt. Im Herbst 1933 teilte das dänische Landwirtschaftsministerium mit, daß bis zum 1. Oktober 1933 vernichtet wurden: 117 000 Stück Rinder und 12 600 Vorderviertel von Rindern. Weitere 3000 Stück Vieh seien zur Vernichtung bereits abgeliefert. Außerdem sind in jeder Woche 50 000 Stück Schweine unverkäuflich.

An den Völkerbund in Genf wurde von der Österreichischen Völkerbundsliga folgender Antrag eingereicht:

«Der Völkerbund möge seinen Mitgliedern empfehlen, in ihre nationale Gesetzgebung Bestimmungen aufzunehmen, die unter allen Umständen die Vernichtung von Lebensmitteln und Rohstoffen bei schwerer Strafe verbieten.

Ferner soll unter der Ägide des Völkerbundes ein internationales Übereinkommen geschlossen werden, in welchem an Stelle der Vernichtung der Güter deren Verteilung an bedürftige Länder zu erfolgen habe.»

Zur Begründung dieses Antrages wurden folgende Tatsachen mitgeteilt:

«In den Vereinigten Staaten wurden 600 000 Kühe getötet, um den Butterpreis zu halten; sie wurden zu Leim und Schweinefutter verarbeitet. Aus denselben Gründen wurden Monate hindurch täglich 200 000 Liter Milch in Kanäle und Flüsse geschüttet. In Brasilien versenkte man 8 Millionen Sack Kaffee und erfand eigene Maschinen zur Kaffeevernichtung. An der kalifornischen Küste warf man Millionen Orangen ins Meer. In Kanada verbrannte man Tausende Tonnen Weizen. In Dänemark wurden 25 000 Kühe geschlachtet und zu Dünger verarbeitet. Dies sind jedoch nur einige wahllos herausgegriffene Beispiele.»

Sowenig es möglich ist, eine vollständige Übersicht aufzustellen über alle Werte, die im gegenwärtigen Krieg zerstört werden, sowenig ist es

möglich, eine genaue Statistik zu errechnen über alle Waren, die in jenen Krisenjahren vernichtet wurden. Nur vom Kaffee weiß man, daß bis zum Jahre 1934 mehr als 24 Millionen Sack Kaffee, jeder Sack zu 60 Kilo, vernichtet wurden. Das sind rund 1,5 Milliarden Kilo Kaffee. Außerdem hat die Regierung Brasiliens damals 700 Millionen Milreis für die Vernichtung von Kaffeesträuchern ausgegeben. Orgien der Vernichtung haben sich an Getreide, Milch und Fleisch und sogar an Früchten und Gemüsen ausgetobt. In den USA. wurde Militär aufgeboten, um Petroleumquellen stillzulegen. Die großen internationalen Kartelle für die Erzeugung von Rohstoffen und Stapelgütern kamen zusammen und beschlossen die Einschränkung der Produktion. Für fast alle Waren des Weltmarktes, für Kupfer und andere Metalle, für Kautschuk und Kohle, für Glühlampen und andere Erzeugnisse wurden sogenannte Restriktionen vorgenommen. Bergwerke und Fabriken wurden stillgelegt. Es half alles nichts. Immer wieder zeigte es sich, daß unverkaufte Überschüsse vorhanden waren.

Dies geschah zu einer Zeit, in der die Zahl der Arbeitslosen in den Industriestaaten der Welt von 20 auf 30 Millionen stieg.

Dies geschah zu einer Zeit, in der Millionen Menschen buchstäblich verhungert sind. Ein Hilfskomitee zur Linderung der Weltnot hat dem Völkerbund folgende Tatsachen mitgeteilt: Im Jahre 1933 sind in den zivilisierten Ländern der Welt 2,4 Millionen Menschen verhungert. In der gleichen Zeit haben sich in denselben Gebieten 1,2 Millionen Menschen aus wirtschaftlichen Gründen «freiwillig» das Leben genommen. Im gleichen Jahre haben die Regierungen der Getreide exportierenden Länder 1 Million Waggons Getreide aufgekauft und zum großen Teil vernichtet, um Preissenkungen zu verhindern. Außerdem wurden 144 000 Waggons Reis, 560 000 Zentner Fleischkonserven, 30 000 Zentner frisches Fleisch und 50 000 Zentner Zucker unbrauchbar gemacht. Auch dieses Verzeichnis ist unvollständig, da Dänemark allein in jenem Jahre eine viel größere Menge Fleisch vernichtet hat.

Wenn man in Betracht zieht, daß dies alles ohne Krieg geschehen ist: 3,5 Millionen Todesopfer in einem Jahr, dazu die vernichteten Nahrungsmittel, mit denen sie und die Arbeitslosen hätten ernährt werden können, so muß man gestehen, daß die gegenwärtige Wirtschaftsordnung auch ohne Krieg eine ganz beachtenswerte Leistung vollbringt, wenn es zu vernichten und zu zerstören gilt.

Jene Krise begann nur zwölf Jahre nach dem ersten Weltkrieg, der doch schon nicht wenig an Vernichtung und Zerstörung geleistet hatte. Es war sogar bereits die zweite Krise nach dem ersten Weltkrieg. Die erste Krise war noch abgeschwächt durch den großen Verbrauch, der für die Umstellung und den Wiederaufbau der Wirtschaft nach dem Krieg erforderlich war. Nach allen Erfahrungen der Volkswirtschaft und der Statistik wußte man, daß etwa alle sieben Jahre mit einer neuen Krise zu rechnen sei. Für das Jahr 1938 war demnach wieder eine Krise zu erwarten. Man wußte auch, daß jede Krise die Kriegsgefahr verschärft. Der Krieg hat auch richtig im Jahre 1938, am Beginn einer neuen Krisenperiode, mit der Besetzung Österreichs begonnen.

Obwohl wir an den Universitäten, Volkshochschulen und bei sonstigen

Gelegenheiten gelernt haben, daß es periodische Krisen gibt, sucht man in Konjunkturzeiten die Krisen und ihre Wirkungen gern zu vergessen. Noch mehr wehrt man sich gegen die Erkenntnis, daß Krise und Krieg zusammenhängen. Es sei darum an ein Vorkommnis erinnert, das noch vor zwei Jahren allgemein bekannt war:

In den Schwall von Propagandaargumenten, die einen modernen Krieg vorbereiten und begleiten, verirrt sich manchmal auch ein wahres Wort. Vor drei Jahren hat Hitler laut und feierlich verkündet: «Deutschland muß exportieren oder sterben!» Dieser Äußerung war ein heftiger, monatelanger Exportkrieg zwischen Deutschland und England vorausgegangen. Große Preisunterbietungen hatten den Industrien beider Staaten schweren Schaden gebracht. Man hat damals versucht, diesen Wirtschaftskrieg durch Verhandlungen zu beenden. Monatelang wurden diese Verhandlungen in London hinter verschlossenen Türen geführt. Die Protokolle dieser Wirtschaftsverhandlungen könnten besser als alle Weiß-, Gelb- und Blaubücher über die wirkliche Kriegsursache Aufschluß geben. Denn die Alternative: Exportieren oder sterben! gilt nicht nur für Deutschland. Kein Staat der Welt, auch nicht der reichste, kann auf die Dauer seine wichtigsten Erzeugnisse für Staatsgelder aufkaufen lassen, um sie zu vernichten. Von diesem Gesichtspunkt aus kann sich nichts an den Verhältnissen ändern, auch wenn die Kolonien nach dem gegenwärtigen Krieg Deutschland oder irgendeinem andern Land zufallen sollten. Die Notwendigkeit, Waren zu vernichten, der Ruf «Exportieren oder sterben!» muß immer wieder kommen, solange nicht das ganze Wirtschaftssystem geändert wird. Beide kriegführenden Partner wollen jedoch das gegenwärtige Wirtschaftssystem im Wesen erhalten, beide haben die Absicht, wenn möglich auch Rußland in dieses System einzugliedern. Die englische Arbeiterpartei hat zwar auf die wirkliche Kriegsursache hingewiesen und Maßnahmen versprochen, die geeignet sind, Abhilfe gegen weitere Kriegsgefahr zu bringen, aber es läßt sich heute nicht voraussehen, ob die englische Arbeiterpartei im entscheidenden Augenblick auch die Macht haben wird, das in ihrer Deklaration vom 8. November 1939 aufgestellte Programm wirklich durchzuführen. Das wird davon abhängen, ob auch die Arbeiter in andern Ländern sich zu der Erkenntnis durchringen, die in jener Deklaration der englischen Arbeiterpartei publiziert wurde.

*

Niemand weiß heute, wann und unter welchen Umständen Friede wird. Alle wünschen, daß der Friede kommt, ehe die Zivilisation in Europa vollständig vernichtet ist. Aber was kommt dann? Die vorhandenen Nahrungsreserven (nebenbei eine starke ökonomische Waffe in der Hand der Vereinigten Staaten) werden vielleicht in den ersten zwei Nachkriegsjahren aufgesaugt werden. Einige wenige Jahre lang wird die Welt mit dem Wiederaufbau beschäftigt sein. Dieser Wiederaufbau wird bei dem heutigen Stand der Produktionstechnik nur einen Teil des Heeres der Arbeitslosen beschäftigen, dessen Größe man heute ahnen kann, wenn man bedenkt, daß die Millionenarmeen der Soldaten und der Rüstungsarbeiter sich in Arbeitslose verwandeln. Wenn jedoch der erste Hunger

Europas gestillt ist und der dringendste Wiederaufbau vollbracht, dann kommt unweigerlich wieder die Weltwirtschaftskrise, eine Krise, in ihren Auswirkungen gewaltig gesteigert durch die Veränderungen in der Produktion, die der Krieg mit sich gebracht hat. Nach dem ersten Weltkrieg hat das Wirtschaftswissenschaftliche Institut des zentralen Unternehmerverbandes in den USA. den Stand der industriellen Entwicklung mit folgenden Worten bezeichnet:

«Eine Entwicklung, die im 19. Jahrhundert Jahrzehnte gebraucht hätte, kann heute in einem einzigen Jahre oder in wenigen Jahren zurückgelegt werden.»

Das war vor zwanzig Jahren. Wie rückständig war die technische Entwicklung damals gegen den Stand von heute. Im ersten Weltkrieg hat man Waffen und Munition als Massenartikel in Fließarbeit erzeugt. In diesem Krieg werden Flugzeuge und Tanks zu Hunderttausenden auf dem laufenden Band hergestellt; Hunderttausende Flugzeuge, die in gleicher Weise und billiger auch für Friedenszwecke erzeugt werden können, Hunderttausende Tanks, die in gleicher Weise und billiger als Traktoren gebaut werden können. Mit ein wenig Phantasie kann man ermessen, wie solche Mengen von Verkehrsflugzeugen und Traktoren die ganze Weltwirtschaft umgestalten müssen. In allen Industriestaaten der Welt wurden während dieses Krieges Zehntausende neuer Erfindungen in den Dienst der Produktion gestellt. Davon manche, die für die technische Entwicklung von großer Bedeutung sind. Wenn das erwähnte Wirtschaftswissenschaftliche Institut nach dem gegenwärtigen Krieg den Stand der technischen Entwicklung charakterisieren soll, wird es feststellen müssen: eine Entwicklung, die im vorigen Jahrhundert Jahrzehnte gebraucht hätte, kann heute in wenigen Wochen oder höchstens Monaten zurückgelegt werden.

Das gleiche gilt für die Rohstoff- und Agrarproduktion. Es ist sehr wahrscheinlich, daß ein großer Teil der im Krieg erzeugten Ersatzstoffe dauernd in Verwendung bleibt. Der Krieg hat zwar in den direkt oder indirekt beteiligten Ländern die Agrarproduktion vermindert, gleichzeitig war er jedoch die Veranlassung, daß man überall die größten Anstrengungen gemacht hat, dem Boden Produkte abzuzwingen, die man früher aus andern Erdteilen importieren mußte. Ebenso hat er die Tendenz gesteigert, in der Agrarproduktion die menschliche Arbeitsleistung durch Maschinenarbeit zu ersetzen. Auch auf diesem Gebiet hat der Krieg eine Entwicklung, die in Friedenszeiten Jahrzehnte gedauert hätte, auf Jahre und Monate zusammengedrängt. Heute werden in Schweden Ölsaaten angebaut, und man berichtet von erfolgreichen Versuchen, Mais und andere subtropische Gewächse im Norden Europas zu akklimatisieren.

Daß auf dem europäischen Kontinent die größten Anstrengungen in dieser Richtung gemacht werden, ist bekannt. Solange der Krieg dauert, kann der Erfolg nicht groß sein. Man mußte während des Krieges mit dem Boden und mit den Menschen zuviel Raubbau treiben. Aber wenige Jahre nach dem Krieg wird auch die Agrarproduktion Europas vollständig verändert sein. Die derzeitigen Getreideexportländer werden in ihrem Überfluß ersticken — wenn die gegenwärtige Wirtschaftsordnung bestehen bleibt. Unabänderlich ist nach dem Weltkrieg wieder eine Weltkrise zu

erwarten. Im Propagandageschrei des Krieges vergißt man leicht, daß es Wirtschaftskrisen gibt, und daß auch die Krise eine Gefahr für die Menschheit ist. Die gegenwärtige Wirtschaftsordnung weiß dieses Problem nicht anders zu lösen als durch Vernichtung. Vernichtung in der Krise, Vernichtung im Krieg. Die Parole des Kapitalismus heißt: Wir müssen exportieren oder sterben. Diese Parole zu Ende gedacht, bedeutet, daß die andern sterben müssen, damit «wir» exportieren können, und da alle exportieren müssen, folgt daraus gegenseitige Vernichtung ohne Ende. Wenn die Menschheit dieser Vernichtung entgehen will, wird sie das Problem lösen müssen, wie man trotz Überfluß leben kann.

Mythos und Wahrheit in der Schweizergeschichte

Von Friedrich Heeb

Die Tat Winkelrieds in Sage und Dichtung

In der «Schweizerischen Bauernzeitung» hat kürzlich Prof. Dr. *Laur* sehr mit Recht gegen die Darstellung eines gewissen Dr. *Gloggner* Stellung genommen, der in einer Schrift zum 650jährigen Bestand der Schweizerischen Eidgenossenschaft, betitelt «Die Mitwirkung des Adels bei der Gründung und Festigung der Eidgenossenschaft», die kühne Behauptung aufstellte:

«Es waren nicht schlichte Bauern und Hirten, welche höchst wahrscheinlich die Schweizerische Eidgenossenschaft gegründet haben, sondern Nachfahren aus wirtschaftlich und sozial gehobenen Ständen des Mittelalters (Adelige).»

Professor Laur machte diesem Geschichtsklitterer gegenüber unter anderm folgende historisch unanfechtbare Feststellungen:

«*Diese Behauptung ist falsch, grundfalsch;* wir haben noch selten eine so grobe Mißdeutung geschichtlicher Tatsachen gesehen, wie diesen Fehlschluß aus den Forschungen Gloggners. Auf welche Tatsachen stützt sich Gloggner? Er geht aus von einem Vertrage, den Uri und Schwyz am 16. Oktober 1291 mit Zürich geschlossen haben. Die Urkunde trägt Unterschriften von einem Vertreter des Hochadels und von Männern, die dem niedrigen ritterbürtigen Adel und reichbegüterten Grundherren- und Magnatenfamilien, die später zum Landadel zählten, angehörten. Dazu kamen noch Bauern mit etwas größerem Grundbesitz, die deshalb von Gloggner nicht mehr als Bauern betrachtet werden. Was soll das aber für die Gründung der Eidgenossenschaft beweisen? Es ist doch selbstverständlich, daß man zum Vertragsabschluß nach Zürich Leute schickte, die zum Verhandeln geeignet waren und die schreiben konnten ... Darf man aber deshalb sagen, daß nicht Bauern und Hirten, sondern die Adeligen die Eidgenossenschaft gegründet haben? *Grundlegend ist nicht die Mitwirkung einzelner Führer, sondern der Wille des Volkes.* Dieser Wille aber ist entstanden und gepflegt worden durch die *Tal- und Markgenossenschaften,* welche «zum Kampf gegen die Naturgewalten und zum gemeinsamen Schutz des Viehs gegen Diebe und Räuber» sowie zur Verwaltung der Allmenden bestunden. An den Beratungen nahmen alle teil, welche Boden bewirtschafteten, selbst die Unfreien bis hinauf